



An Jürgen Herzing  
Oberbürgermeister Stadt Aschaffenburg

SPD Stadtratsfraktion Aschaffenburg  
Erich Henke, Vorsitzender  
Anne Lenz-Böhlaus, Geschäftsführerin

Goldbacher Str. 31  
63739 Aschaffenburg

Telefon: 0171/7034133  
E-Mail: [anne.lenz-boehlau@spd-  
aschaffenburg.de](mailto:anne.lenz-boehlau@spd-aschaffenburg.de)  
Internet: [www.spd-aschaffenburg.de](http://www.spd-aschaffenburg.de)

13.07.2024

### **Eilantrag:**

### **Gute medizinische Versorgung kostet Geld und das sollte sie uns Wert sein Anwendung des Tarifvertrags im Klinikum Aschaffenburg-Alzenau**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jürgen Herzing, die Gesundheit der Menschen in Aschaffenburg steht für uns an oberster Stelle. Gewährleistet wird dies nur durch eine optimale Gesundheitsversorgung vor Ort durch ein Klinikum in kommunaler Hand. Der Stadtrat in Gänze hat fraktionübergreifend immer klargemacht, dieses Versprechen an die Bürgerinnen und Bürger immer einzuhalten. Allerdings krankt das Gesundheitssystem in Deutschland und gefährdet diese Struktur. Zu spüren ist das am jährlich wachsenden Defizit des Klinikums. Wir müssen gemeinsam an einem Strang ziehen und auch Maßnahmen umsetzen, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken. Allerdings gibt es rote Linien, die nicht überschritten werden dürfen:

Tagtäglich erleben die Patientinnen und Patienten, wie die Klinikumsbeschäftigten aufopferungsvoll und hoch motiviert für deren Gesundheit alles geben. Diese Beschäftigten haben sichere Arbeitsplätze, gute Arbeitsbedingungen und faire Entgelte absolut verdient. Das kann nur durch die Anwendung des Tarifvertrags garantiert werden. Deshalb ist der Austritt aus dem Arbeitgeberverband und die damit faktisch eintretende Kündigung des TVöD der falsche Weg. Seit Jahrzehnten hat sich die medizinische Versorgung im Klinikum stets erfolgreich weiterentwickelt und verbessert. Das hat immer im Rahmen des von 2.500 Beschäftigten getragenen Systems des TVöD stattgefunden. Diesen gemeinsamen Erfolgsweg sollte man nicht verlassen. Eine gute medizinische Versorgung kostet Geld und das sollte sie uns Wert sein. Das ist unsere Verantwortung gegenüber der Stadtgesellschaft und den Beschäftigten im Klinikum.

#### Die SPD-Stadtratsfraktion fordert:

1. Der Stadtrat weist die Vertreter der Stadt in der Verbandsversammlung des Krankenhauszweckverbandes an, umgehend die Einberufung einer zeitnahen Verbandsversammlung zu beantragen, um den Austritt der Klinikum Aschaffenburg-Alzenau gGmbH aus dem Arbeitgeberverband schnellstmöglich rückgängig zu machen.
2. Der Stadtrat weist die Vertreter der Stadt in der Verbandsversammlung des Krankenhauszweckverbandes an, in dieser außerordentlichen Verbandsversammlung umgehend alle erforderlichen Beschlüsse zu fassen, um den Austritt der Klinikum Aschaffenburg-Alzenau gGmbH aus dem Arbeitgeberverband rückgängig zu machen. Hierzu gehört insbesondere eine entsprechende Weisung an die Geschäftsführung.

3. Der Stadtrat weist die Vertreter der Stadt in der Verbandsversammlung des Krankenhauszweckverbandes umgehend an, in dieser außerordentlichen Verbandsversammlung eine Weisung an die Geschäftsführung herbeizuführen, wonach diese unverzüglich Gespräche mit den zuständigen Tarifpartnern aufzunehmen hat, um beispielsweise im Rahmen von Ergänzungstarifverträgen zusätzliche Maßnahmen zu entwickeln, die dazu führen, weitere Fachkräfte und Stammpersonal zu gewinnen.
4. Der Stadtrat fordert die Bundes- und Landesregierung dazu auf, endlich mit dem nötigen Einsatz das kranke Gesundheitssystem zu reformieren. Wir erwarten, dass die Verantwortung nicht zwischen den Ebenen hin- und hergeschoben, sondern gemeinsam aktiv gehandelt und an einem Strang gezogen wird. Das schulden die Verantwortlichen den Bürgerinnen und Bürgern, die zu Recht eine funktionierende und stabile Gesundheitsversorgung durch unser Klinikum erwarten.

Antragsteller  
SPD Stadtratsfraktion

Ansprechpartner  
Manuel Michniok